

*Hans-Jürgen Puhle*

## **Zwischen Eurozentrismus, Universalismus und Provinz Das atlantische Europa in Krise und Globalisierung**

Die Frage nach der Rolle Europas in der Weltgeschichte schließt die Frage ein, wie sich die Vorstellungen, die wir von Europa haben, über die Zeit, und vor allem in letzter Zeit, geändert haben. Sie schwanken zwischen eurozentrischen Sichtweisen und solchen einer ›Provinzialisierung‹ und Relativierung. Umstritten ist besonders die Frage, inwieweit in Europa erfundene Prinzipien, wie etwa Freiheitsrechte und Demokratie, universelle Geltung beanspruchen können. Insgesamt wäre dies ein Thema für gründlichere Studien und längere Ausführungen, für die an dieser Stelle kein Raum ist. Deshalb müssen hier einige kurze Stichworte, Thesen und Überschriften genügen, die vielleicht die eine oder andere Anregung geben können. Dies soll in fünf Punkten geschehen, die sich auf zwei größere Bereiche verteilen. Im zweiten Abschnitt soll der Schwerpunkt auf der Rolle Europas unter dem Druck von Krise und Globalisierung in den letzten Jahrzehnten liegen. Dies hebt sich ab von den überlieferten und sozusagen ›klassischen‹ Sichten auf Europa im Sinne des ›westlichen‹, atlantischen Syndroms (Puhle 2006), die im ersten Teil beschrieben werden. Noch vor 20 oder 30 Jahren hätte man (und hat man) mit viel weniger Scheu von einem ›europäischen Sonderweg‹, einem Exzeptionalismus in einem positiven, fortschrittsbetonten Sinne gesprochen, als wir das heute tun.

### **›Klassische‹ Sichten auf Europa**

#### *Der Weg nach Europa*

Die Deutschen sind politisch spät in diesem Europa angekommen, eigentlich erst nach 1945. Die Österreicher möglicherweise etwas früher, vor der deutschnationalen Welle und zunächst nur für eine Zeit, denn das Habsburgerreich hatte europäische Dimensionen. Dessen Europa war allerdings primär Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa, zum Teil noch das östliche Mittelmeer. Das atlantische Europa der Revolutionen, der Menschenrechte, von Freiheit und Gleichheit, Parlamentarismus und Demokratie, aber auch von *property rights*, Sklavenbefreiung und modernen Kolonialimperien lag den meisten von ihnen ebenso fern wie den Deutschen. Diese grenzten sich oft geradezu ab von Europa. Lange Zeit stand dafür in der politischen Publizistik und in den historiographischen

Debatten die Annahme vom ›deutschen Sonderweg‹ in einem positiven Sinne, die die Pamphletisten noch zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in den ominösen ›Ideen von 1914‹ (vgl. Mommsen 1992), auf das Argument brachten, Deutschland könne sich politische Freiheiten, Parlamentarismus und Demokratie (also ›liberale Dekadenz‹) wie im Westen gar nicht leisten, weil der ›Außendruck‹ und die Bedrohungen durch die Nachbarn starke autoritäre Führung und effiziente militärische Organisation verlangten. Deutschland könne also gar nicht sein wie der europäische Westen.

Diese ›German divergence from the West‹ (Krieger 1957) ist erst nach der Schreckensherrschaft des Nazi-Regimes und dem Zweiten Weltkrieg an ihr Ende gekommen. Da man guten Gewissens nicht mehr Nationalist sein konnte, wandte man sich dem Westen zu und ›Europa‹. Die frühe Bundesrepublik war ein ideales Ambiente für europäische Einigungspläne und Ideologien, und noch bis in die 1980er Jahre waren deutsche Bundeskanzler die einzigen Regierungschefs, die gelegentlich laut die politische Idee der ›Vereinigten Staaten von Europa‹ propagierten, von der die meisten anderen nichts wissen wollten. In der Geschichtswissenschaft begann die Neuorientierung, wie immer, etwas später, erst in den 1960er Jahren, mit der zeitweisen Durchsetzung der Annahme vom ›deutschen Sonderweg‹ in einem negativen Sinn, die im Kern besagte, dass Deutschlands ›Weg nach Westen‹ lang gewesen ist (Winkler 2000) und dass es gerade die autoritären Abweichungen vom westlichen Europa, späte Nationalstaatsgründung, Obrigkeitsstaat, Militarismus und die Abwehr von Revolution, Parlamentarismus und Demokratie gewesen sind, die, unter bestimmten Bedingungen, die Nazi-Herrschaft erst möglich gemacht haben.

Obwohl vieles von dieser Sicht in der Sache keineswegs überholt ist, ist man doch schon seit den 1980er Jahren zunehmend davon abgekommen, hier von einem ›Sonderweg‹ zu sprechen. Insbesondere die Vertreter der neuen kritischen Sozialgeschichte und Strukturgeschichte, die oft auch ausdrücklich vergleichende Gesellschaftsgeschichte betrieben haben, haben gelernt, dass es eigentlich keine Sonderwege geben kann, weil es keinen ›Normalweg‹ gibt (und schon gar nicht der Fortschrittspionier England den ›Normalweg‹ repräsentiert, wie sowohl Karl Marx als auch die ersten Modernisierungstheoretiker geglaubt haben), und dass wir uns mithin besser einfach auf die unterschiedlichen Entwicklungswege der einzelnen Gesellschaften, Staaten und Regionen in die Moderne konzentrieren (Stichwort: ›different trajectories‹). Dabei kann die Brisanz einzelner Unterschiede durchaus Dimensionen haben, die ihnen frühere ›Sonderwegs‹-Thesen zugeschrieben haben. Das gilt auch für die unterschiedlichen Entwicklungswege der europäischen Länder, denn ›den‹ gemeinsamen europäischen Entwicklungsweg (nach dem Studierende und Kollegen in außereuropäischen Ländern gern fragen) gibt es nicht.

Auch in der Geschichtswissenschaft sind, jedenfalls in Europa, nur wenige ältere Traditionen einer ›Europäischen Geschichte‹ als Disziplin oder Fachsegment vorhanden, wie wir sie in den USA und anderen ehemaligen Anglo-Kolonien finden. Zwar waren die aufklärerischen Konzepte einer ›Allgemeinen Geschichte‹ (seit dem 18. Jahrhundert), Universalgeschichte, Weltgeschichte, oder auch die Lamprecht'sche ›Kulturgeschichte‹ durchweg europäisch geprägt und eingefärbt, und wurden Alte, Mittelalterliche und Frühneuzeitliche Geschichte zwangsläufig auch im europäischen Blickwinkel und Kontext gelehrt; aber vor allem die Geschichte der jüngeren Neuzeit wurde (und wird in vielen Fällen noch) in der Regel zunächst einmal als Nationalgeschichte ver-

standen. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die meisten Historischen Seminare in der hohen Zeit der Durchsetzung und ersten Blüte der modernen europäischen Nationalstaaten gegründet wurden. Daneben gab es gelegentlich noch ›Übersee‹- oder Kolonialgeschichte (oft konzentriert auf die Kolonien des eigenen Nationalstaats) sowie kleinräumigere Landesgeschichte, aber kaum Europäische Geschichte, so wie in einer späteren Phase der Gründung von interdisziplinären Zentren für Regionalforschung (*area studies*) der Fokus auf Lateinamerika, Afrika und Asien lag, aber nicht auf Europa. Dies hat sich erst in allerjüngster Zeit geändert. Auch die Sozialgeschichte von unten oder die Alltagsgeschichte nach dem *cultural turn* haben zwar oft eine Abkehr von der Nationalgeschichte gebracht, meist auch von der politischen Geschichte überhaupt, aber mehr zur Beschäftigung mit lokalen und regionalen Dimensionen geführt als mit transnationalen oder europäischen.

In den Ländern Europas ist auch die Geschichtswissenschaft erst spät auf Europa gekommen, zum einen in speziellen Institutionen, wie z. B. dem Institut für Europäische Geschichte in Mainz, das 1950 in deutsch-französischer Kooperation gegründet wurde, oder in den Anfängen des Europäischen Hochschulinstituts (EUI, seit 1972) in Florenz, als sich die dortigen Historiker überwiegend mit der Geschichte der europäischen Einigung und Kooperation (samt den dazugehörigen Ideen und Bewegungen) und der Geschichte der EWG und EG beschäftigten. Auf der anderen Seite haben gerade in den letzten zwei Jahrzehnten auch einzelne Historiker vermehrt ausdrücklich nach ›Europa‹ gefragt und versucht, neben den bekannten Differenzen auch europäische Gemeinsamkeiten aufzusuchen und jene Phänomene zu thematisieren, die Europa besonders auszeichnen oder charakterisieren (z. B. Kaelble 2007, 2013; Kocka 2012 u. a.). Eines der besten Bücher dieser Art ist von Michael Mitterauer (2003): *Warum Europa?* Dessen Untertitel: *Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs* deutet an, dass es um eine Erklärung dafür geht, warum ausgerechnet Europa bei der Modernisierung der Welt seit dem späten 18. Jahrhundert die Nase vorn hatte und die Welt entsprechend lange dominiert oder hegemonial beeinflusst hat.

Damit wären wir beim zweiten Punkt der ›klassischen‹ Sichten auf Europa: der Rolle Europas in der Welt.

### ***Europa in der Welt***

Die Frage nach dem ›Sonderweg‹ Europas, oder nach den Gründen für die Dominanz und Hegemonie Europas (i. e. des westlichen Europa) im Prozess der Modernisierung der Welt seit den ersten ›Entdeckungen‹ und der Kolonialexpansion der Portugiesen und Spanier, später der Niederländer, Franzosen und Briten, hat schon Adam Smith und Karl Marx bewegt, und nach letzterem eine ganze Reihe herausragender Historiker des modernen Kapitalismus und Imperialismus, der Industrialisierung und der Organisation des modernen Staats wie z. B. Max Weber. Neuen Schub hat die Debatte seit den 1970er Jahren vor allem durch die Arbeiten von Immanuel Wallerstein zum ›Modern World-System‹ (seit 1974), von Stein Rokkan zur Zentrum/Peripherie-Problematik (Rokkan 2000) und von Perry Anderson (1974) über die Anfänge des modernen Absolutismus (mit wichtigen Anregungen von Fernand Braudel) bekommen. Vereinfacht lautet die Frage, warum es die Europäer waren, die sich seit dem 16. Jahrhundert die Welt untertan gemacht haben, mit dem Zentrum der Aktionen rund um den Atlantik, und nicht z. B. die

Chinesen oder Araber, die auch hervorragende Leistungen in Wissenschaft und gesellschaftlicher Organisation aufzuweisen hatten, mit dem Zentrum rund um den Indischen Ozean; warum die zentralen großen Errungenschaften der modernen Welt, Nationalstaat und Demokratie, Industriekapitalismus, Konsumgesellschaft und der moderne Interventions-, Sozial- und Wohlfahrtsstaat ihren Ausgang aus Europa genommen haben und nicht aus anderen Teilen der Welt; und warum im ganzen langen 19. Jahrhundert alle Welt sich an Europa maß, das einzigartig war an Macht, an Einfluss und an Vorbildwirkung. Erst nach dem Ersten Weltkrieg ist Nordamerika in diesen Funktionen an die Seite Europas getreten, und nach dem Zweiten Weltkrieg begann eine weitere Periode der Ausdifferenzierung, die aber immer noch lange unter der versimpelten Devise stand: *the West and the rest*. Der ›Westen‹ war die ›Atlantische Welt‹ mit dem Kern Europa. Darstellungen zur transatlantischen Geschichte haben dabei oft den Charakter einer segmentierten, sozusagen ›gedittelten‹ Globalgeschichte angenommen z. B. in den traditionsreichen Arbeiten zur Ökonomie der Sklaverei und der ›Middle Passage‹ (resümiert in Klein 2010/1999) oder den klassischen Ansätzen von Rodgers (1998) und Bailyn (2005) und neueren Forschungen wie in Pietschmann (2002), Schmieder/Nolte (2010) oder Nolan (2012).

Die Antworten, die auf die gestellten Gretchenfragen gegeben worden sind, haben alle die einzigartigen europäischen Konstellationen herausgestellt. Das heißt vor allem, dass einzelne Faktoren, die man braucht, um den wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-politischen *take off* zu schaffen, durchaus auch rechtzeitig in anderen, nichteuropäischen Gesellschaften vorzufinden gewesen sein mögen, dass es aber so war, dass die hinreichende Anzahl oder Qualität der jeweils nötigen Faktoren in ihrer Gleichzeitigkeit und Kombination (samt einem entsprechenden auslösenden ›trigger‹) nur im (west)europäischen Kontext zu finden waren, und nicht anderswo. Die Konstellationen sind relativ komplex. Deshalb sind einlinig von inhaltsbestimmten, meist religiös determinierten ›Kulturkreisen‹ her gedachte Argumente wie das von Webers ›protestantischer Ethik‹ oder Samuel Huntingtons *Clash of Civilizations* (1996) auf jeden Fall zu simpel. Der Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson (2011) hat die relevanten Faktoren etwas schematisch auf sechs ›killer applications‹ reduziert:

- *Competition* (wirtschaftliche und politische Dezentralisierung, Pluralismus)
- *Science* (vor allem Naturwissenschaft als Basis für überlegene Technik und Militär)
- *Property rights* (Institutionenbau, Rechtsstaat, Parlamentarismus, Demokratie)
- *Medicine* (als Basis stabiler höherer Lebenserwartung)
- *Consumer society* (als Basis nachhaltiger Industrialisierung)
- *Work ethic* (dynamische Arbeitsmoral).

Die Dinge sind aber noch komplizierter, vor allem, weil die europäischen Staaten und Regionen – unbeschadet gewisser für die weitere Modernisierung wichtiger Gemeinsamkeiten (vgl. Landes 1969) – sich nicht einheitlich, sondern durchaus verschieden entwickelt haben. Dabei geht es nicht nur um die üblichen Unterschiede zwischen Nord und Süd, und Ost und West. Die Entwicklungsmuster und Entwicklungswege (*trajectories*) sind verschieden. Wir finden also ›multiple modernities‹ (Eisenstadt 2000; Sachsenmaier 2002) und ›varieties of capitalism‹ (Hall/Soskice 2001; Hancké 2009) nicht erst im interkontinentalen Vergleich, sondern schon innerhalb Europas, und auch diese Vielfalt auf engstem Raum gehört zu den Stärken und den Wettbewerbsvorteilen Euro-

pas. Wir müssen also auch reden über die unterschiedlichen Modernisierungs- und Entwicklungswege der europäischen Gesellschaften seit dem Beginn des modernen *state building*, die durch komplexe Entwicklungen gekennzeichnet sind, deren einzelne Faktoren sich mit einiger typologischer Vereinfachung allesamt den übergreifenden Prozessen von Bürokratisierung (und *state building*), Industrialisierung und Demokratisierung (und Parlamentarisierung) zuordnen lassen. Eine gewisse Einheitlichkeit europäischer Modernisierungsprozesse liegt darin, dass in den Entwicklungen einzelner Gesellschaften Faktoren aus allen drei Bündeln der Bürokratisierung, der Industrialisierung und der Demokratisierung vertreten sind und zunehmend ineinander wirken. Die Differenzen der nationalen (und manchmal auch der regionalen) Entwicklungswege werden, vor allem in den ersten Etappen, im Wesentlichen durch die unterschiedlichen Mischungsverhältnisse der Faktoren aus den drei genannten Bündeln markiert. Später, im 20. Jahrhundert, ist es dann auch zu vermehrten Konvergenzen und ›Anänelungen‹ zwischen den Entwicklungen einzelner Länder gekommen, die die Gesellschaften einander ähnlicher gemacht haben (Puhle 2006).

Einige kurze Bemerkungen zu diesen Prozessen in vier Punkten: Zunächst muss natürlich ›Europa‹ definiert werden. Dies impliziert immer auch subjektive Setzungen, die explizit gemacht werden müssen, damit man sich darüber auch verständigen kann (zumal den Beiträgen dieses Bandes durchaus unterschiedliche Konzeptionen von Europa zugrunde liegen). Ich sehe Europa (erstens) nicht nur als geographische Größe, sondern vor allem als ein historisches und kulturelles Konstrukt: Dieses Europa war im Wesentlichen der katholische (später auch der protestantische) Westen, wo, im Gegensatz zu Cäsaropapismus und Autokratie der orthodoxen Welt, schon früh institutionelle Differenzierung, interne Konkurrenz und institutionalisierte *checks and balances* durchgesetzt wurden, mit pluricephaler, bipolarer und tendenziell pluralistischer Organisation, z. B. im Verhältnis von Kaiser und König auf der einen, dem Papst auf der anderen Seite, von König und Ständen oder Parlamenten bzw. garantierten Rechten der Kommunen, oder später Katholizismus und Protestantismus. Dieses Europa war von Anfang an vielfältig. Zu seinen konstitutiven Elementen gehörte das Erbe der griechisch-hellenistischen und römischen Antike, die christlichen und jüdischen Traditionen, das Erbe germanischer, (auch nordischer, keltischer, normannischer und anderer regionaler) Traditionen und Institutionen, und schließlich die Integration der westslawischen Gesellschaften, insbesondere der Polen und Tschechen, und der Balten und Ungarn in den ›okzidental‹ europäischen Einflussbereich, dessen sichtbarste Form der römische Katholizismus und die lateinische Schrift waren. Dieses Europa expandierte in der Folge, vor allem nach Süden und Osten, und integrierte arabisches, byzantinisches, orthodoxes und türkisches Erbe in Süditalien, auf der Iberischen Halbinsel und auf dem Balkan. Seit Peter dem Großen geriet auch Russland vermehrt in den Einzugsbereich des westlichen Europa (Puhle 1995).

In seiner vormodernen Phase war Europa (zweitens) überwiegend charakterisiert durch den Dualismus zwischen ›weltlicher‹ und ›geistlicher‹ Herrschaft und Verwaltung, durch regional unterschiedliche Feudalsysteme des ›europäischen‹ Typs (Hintze 1962) sowie durch die sich herausbildenden europäischen *opportunity structures* in der Interaktion zwischen ›Zentren‹ und ›Peripherien‹ (Rokkan 2000), die auch zu den komparativen Vorteilen der europäischen *state building*-Prozesse Wichtiges beigetragen haben.

Am Ende der vormodernen Periode hatten sich in der Interaktion der genannten Faktoren und aufgrund des typisch europäischen Dualismus eine ganze Reihe von Konstellationen herausgebildet, die für den späteren umfassenden Modernisierungsprozess wichtig werden sollten. Zu ihnen gehören vor allem die folgenden Entwicklungen: die Entstehung des modernen Handelskapitalismus, die Schaffung europäischer Kolonialreiche, Renaissance und Humanismus und die Herausbildung der modernen europäischen Wissenschaften, vor allem der Naturwissenschaften, Reformation und Gegenreformation, die Entstehung der modernen politischen und ökonomischen Theorie (vor allem in Großbritannien), die Aufklärung und der fortschreitende Prozess der Säkularisierung, dessen vergleichsweise langer Vorlauf im Rückblick besonders ins Gewicht zu fallen scheint: Die zentrale Bedeutung der Säkularisierung (i.S. von Entstaatlichung, Pluralisierung und Liberalisierung von Religion) für gesellschaftliche Modernisierung wird z.B. auch im Vergleich mit dem arabisch-islamischen Raum deutlich, der heute nach allen gängigen Modernisierungsindikatoren im weltweiten Vergleich zurückliegt. Es spricht auch vieles dafür, dass Huntingtons These falsch ist, nach der bestimmte Religionen als solche mehr oder weniger demokratiekompatibel sind, und dass es vielmehr auf den jeweiligen Grad ihrer Fundamentalisierung bzw. Säkularisierung ankommt (vgl. Huntington 1996).

Die Einheit der europäischen Modernisierung seit dem späten 18. Jahrhundert besteht darin, dass in jedem Fall Faktoren aus allen drei genannten Bündeln, der Bürokratisierung, der Industrialisierung und der Demokratisierung, präsent sind, die gemeinsam die Herausbildung der modernen Staaten, ihrer Institutionen und Rechtssysteme, ihrer Ökonomien sowie eines funktionalen Minimums nationaler Integration geprägt haben, ebenso wie sie später mitgewirkt haben an der Entstehung des modernen Nationalismus und Imperialismus, von Sozialismus, organisiertem Kapitalismus, Korporatismus und der Entfaltung von Wohlfahrtsstaatlichkeit. Die unterschiedlichen nationalen (oder in einigen Fällen, wie z.B. Katalonien, auch regionalen) Entwicklungswege sind dagegen charakterisiert durch die jeweiligen zu einer bestimmten Zeit quantitativ und qualitativ verschiedenen Mischungsverhältnisse der Faktoren aus den drei Bündeln. Das Bündel der Bürokratisierung schließt dabei die diversen Weisen und Stufen von *state building* ein, das der Demokratisierung bezieht sich in einem breiteren Sinn auch auf die Repräsentationsformen auf verschiedenen Ebenen, auf parlamentarische Kontrolle, *accountability*, organisierten Pluralismus und die Geltung rechtsstaatlicher Regeln.

Die wichtigsten Differenzen können (drittens) schematisch vereinfacht wie folgt charakterisiert werden: In Großbritannien dominierte unter dem Einfluss eines starken und autonomen Wirtschaftsbürgertums von den drei genannten Faktorenbündeln eindeutig die kapitalistische Industrialisierung, die ihrerseits Prozesse der Demokratisierung und Herrschaftskontrolle anstieß, wohingegen Prozesse der Bürokratisierung erst später, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, einsetzten, wesentlich um die sozialen Folgen der Industrialisierung zu bewältigen. Auf dem Kontinent, wo die Bourgeoisien wesentlich schwächer geblieben waren, verlief die Entwicklung genau anders herum, mit dem Bündel der Bürokratisierung als zunächst dominantem Faktor, im Zeichen von bürokratischem Absolutismus, Autoritarismus, Militarismus und Merkantilismus. Im weiteren Verlauf machte hier allerdings die Französische Revolution einen großen Unterschied, vor allem in der Herausbildung der Beziehungen zwischen den Faktoren der Bürokratisierung und denen der Demokratisierung. So wurde in Frankreich

zunächst eine Mischung aus Bürokratisierung und Demokratisierung zum hegemonialen Entwicklungsmuster, während die Industrialisierung später einsetzte und die politischen Institutionen und deren Interaktionen lange Zeit nicht wesentlich prägen konnte. In Preußen und anderen deutschen Staaten gab es keine erfolgreiche Revolution, und der bürokratische Staat war, auch dem Entwicklungsstand entsprechend, vielfach noch interventionistischer und autoritärer. Hier wurde folglich eine Mischung aus Bürokratisierung und Industrialisierung zum dominanten Entwicklungsfaktor, und die Prozesse der Herrschaftskontrolle und Demokratisierung blieben schwächer und defizienter bis nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der spanische Entwicklungsweg ist grosso modo dem französischen sehr ähnlich gewesen, aber hier blieben das revolutionäre Erbe und die Traditionen und Netzwerke der Zivilgesellschaft (vor allem im Zentrum) wesentlich schwächer als in Frankreich, so dass die Demokratisierung begrenzt blieb und autoritäre Tendenzen relativ lange überleben konnten. Außerdem ist der spanische Fall noch gekennzeichnet durch die starken *cleavages* und Antagonismen zwischen dem sozioökonomisch unterentwickelten Zentrum und der im Verhältnis überentwickelten Peripherie, die die bürokratischen Eliten des Zentrums zwangen, entweder Allianzen mit den kapitalistischen Bourgeoisien der Peripherie einzugehen oder Pakte mit den unterschiedlichen Gruppen der retrograden ländlichen Oligarchie des Zentrums zu schließen, bzw. beide Strategien kompromisslerisch zu kombinieren. – Je wichtiger jeweils die Faktoren der Demokratisierung waren, umso mehr konnten institutionelle partizipatorische und Konsensmechanismen (wie etwa das Konzept von *citizenship*) in den Prozessen von *nation building* genutzt werden, die allerdings in Europa überwiegend entlang exklusionärer Linien verlaufen sind.

Und viertens muss betont werden, dass die genannten unterschiedlichen typologischen Mischungen insbesondere die Anfänge der jeweiligen Entwicklungen charakterisieren. Später gab es mehr Konvergenzen, vor allem im 20. Jahrhundert. Die Systeme wurden ähnlicher. Zum einen ist dies ein Nachholphänomen: Die zunächst noch schwächer gebliebene Komponente aus der Trias der Modernisierungsbündel wurde allmählich stärker gemacht, weil es entsprechende Pressionen und Zwänge gab. In Deutschland wurde die parlamentarische Demokratie ausgebaut, im zweiten Anlauf sogar erfolgreich; in Großbritannien der Civil Service und die Gemeindebürokratien, in Frankreich die Koordinationsinstrumente zwischen Staat und Wirtschaft, und Spanien wurde am Ende nicht nur industrialisiert, sondern auch demokratisiert. Zum anderen lassen sich auch eine Reihe weiterer gesamteuropäischer Entwicklungstrends feststellen, auch wenn im Einzelfall die besonderen Konstellationen des Beginns und die unterschiedlichen nationalen Mischungen und Entwicklungswege noch sichtbar sind. Wir finden diese Trends z.B. im Bereich der Wirtschaft, der sozialen Organisation, der Bildung, der Urbanisierung, in europäischen Familienstrukturen, in Tendenzen zur Verrechtlichung und weiter zunehmenden Bürokratisierung, zur Verstaatlichung vormals autonom geregelter Probleme und zur Regulierung einzelner Politikbereiche. Ein gutes Beispiel für letztere ist die bis ins letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts kontinuierliche Ausweitung sozialstaatlicher Mechanismen, ebenfalls in typologisch erfassbaren unterschiedlichen Mischungen, aber doch zunehmend zu einem ›Europäischen Sozialmodell‹ verdichtet (Kaelble 2007; Kaelble/Schriewer 2004; Schuppert 2005; Giddens 2006). Deutlich sind dabei insgesamt auch zwei komplementäre Linien zur Universalisierung von Partizi-

pation einerseits und von Disziplinierung andererseits. Letzteres wird z.B. in der etwa gleichzeitigen Durchsetzung des Frauenwahlrechts und der progressiven Einkommensteuer zwischen 1910 und 1920 in einer Reihe von Ländern (incl. Deutschland) sichtbar.

Soviel in aller Kürze zu den Gemeinsamkeiten und Differenzen in den europäischen Entwicklungslinien. Dieses Europa war der harte Kern des ›Westens‹ und seiner Erfolgsgeschichte. Es wurde lange Zeit als zentraler Pionier und Agent von Fortschritt und Modernisierung gesehen, als Modell für den Rest der Welt, dessen wichtigste Errungenschaften: Nationalstaat, Parlamentarismus und Demokratie, Industriekapitalismus, Konsumgesellschaft und Sozial- und Wohlfahrtsstaat, überallhin exportiert wurden, weil sie Maßstäbe setzten, attraktiv waren und universelle Geltung beanspruchten. Europa war, jedenfalls im 19. Jahrhundert, etwas Besonderes, es war exceptionell. Erst die europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die mit dem Ersten Weltkrieg begannen, haben schrittweise die Position Europas modifiziert und seinen Einfluss verringert: Die Europäer mussten sich die machtpolitische Führungsposition und die Rolle als attraktives Vorbild zunächst mit den USA teilen, im Kalten Krieg zusätzlich mit der Sowjetunion, später auch mit China und inzwischen auch mit anderen Schwellenländern, vor allem Indien. Die Zunahme beschleunigter Globalisierung und die Kombination diverser ökonomischer und politischer Krisen in den Jahrzehnten um die Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert haben schließlich in vielen Bereichen selbst die europäische Teilhabe an weltpolitischer Führungsposition und am Modellcharakter infrage gestellt und die Vorstellungen, die die Welt von Europa hat, dramatisch verändert.

## Europa in Krise und Globalisierung

### *Konstellationen grundlegenden Wandels*

Die letzten zwei bis drei Jahrzehnte rund um die Wende zum 21. Jahrhundert könnten in der Tat als eine wichtige Epochenscheide und als Jahre grundlegenden Wandels (sozusagen als ›threshold 21‹) in die Geschichtsbücher eingehen. Es ist überall und weltweit sehr vieles in Bewegung gekommen, innerhalb der einzelnen Staaten und in den Beziehungen zwischen ihnen, Gewichtungen haben sich verschoben, und auch die Rolle Europas in der Welt hat sich verändert. Dieser säkulare Wandel in vergleichsweise kurzer Zeit ist angestoßen, beschleunigt und verstärkt worden durch eine ganze Reihe von Faktoren, die sich insgesamt mindestens sieben wichtigen Prozessen von strategischer Bedeutung zuordnen lassen (ausführlicher dazu Puhle 2014). Diese sind:

1. die Nachwirkungen der Krise von staatlicher und gesellschaftlicher Organisation, Zentralisierung und Regulierung seit den 1970er Jahren,
2. die schubweise Zunahme von Globalisierung sowie der Proteste dagegen,
3. die Auswirkungen der jüngeren Finanz- und Wirtschaftskrise, insb. seit 2008,
4. die Verfügbarkeit und der Einsatz neuer elektronischer Medien, insb. des Internet und der sozialen Medien, bis hin zu einer umfassenden Medialisierung der Politik, und, dadurch bedingt,
5. eine deutliche Verstärkung eines schon älteren Strukturwandels der Öffentlichkeit und die Durchsetzung der Mechanismen populistischer Demokratie auf breiter Front. Hinzu kommen

6. das Ende des Kalten Kriegs und der Aufstieg der Schwellenländer, sowie in Europa
7. die Intensivierung der europäischen Integration in den Institutionen der EU, die zunehmend mehr zwischenstaatliche Koordination und Einordnung erzwingt, bei einem perzipierten ›Demokratiedefizit‹ und bei gleichzeitig unterentwickelter institutioneller Phantasie für die Gestaltung der europäischen Zukunft.

Die neuartige Wirtschaftskrise seit den 1970er Jahren (›Stagflation‹) hat sich zu einer umfassenden Krise der Mechanismen des bürokratischen Interventionsstaats und des Sozial- und Wohlfahrtsstaats ausgewachsen, die in Europa am entwickeltsten waren. Die Zunahme der Globalisierung hat den Bereich staatlicher Einflussnahme und Regulierung insgesamt eingegrenzt. Die jüngere Finanz- und Wirtschaftskrise hat insbesondere den institutionell unzureichend gesicherten und für Spekulationen anfälligen Euro-Raum getroffen, außereuropäische Regionen dagegen gestärkt. Der strukturelle Aufschwung der Mechanismen populistischer Demokratie und der oft weniger demokratischen Schwellenländer hat den europäischen Demokratiemodellen neue Konkurrenz gebracht. Insgesamt haben diese Prozesse zu einer deutlichen Relativierung der traditionellen Hegemonie europäischer (und westlicher) Einflüsse in der Welt geführt (zu den klassischen Mechanismen vgl. Senghaas 1982). Insbesondere im Verhältnis zu den prosperierenden und selbstbewusst auftretenden Schwellenländern oder neuen Großmächten (›the Empire fights back‹) ist jetzt mindestens eine Reziprozität von Einfluss zu verzeichnen, in manchen Fällen (wenn man etwa an die chinesischen Dollar- und Euro-Reserven denkt) ein deutliches Übergewicht der Außereuropäer. Das gilt nicht nur für die Verhältnisse von Macht und Einfluss, sondern auch für die Vorbildwirkung und den Modellcharakter: In vielen Fällen technischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und gelegentlich (z. B. in Experimenten mit direkter Demokratie oder Mechanismen von *empowerment* und soziokultureller Anerkennung) sogar politischer Organisation lernen inzwischen auch Europa und der Westen vom ›Rest‹ der Welt (vgl. auch den Beitrag von Marianne Braig in diesem Band).

Dass die Lernprozesse zwischen ›the West‹ und ›the rest‹ jetzt auch deutlich sichtbar nicht mehr in Einbahnstraßen verlaufen, hat die Sinne für den Umstand geschärft, dass sie womöglich auch schon früher nicht in Einbahnstraßen verlaufen sind und es Zeit sein könnte, unsere Vorstellungen über Europas Rolle in der Welt auch in Bezug auf die Vergangenheit gründlich zu revidieren und dabei insbesondere die komplexen Prozesse der Interaktionen, Einflüsse und Vermittlungen in alle Richtungen zu berücksichtigen. Deshalb soll abschließend danach gefragt werden, wie wir Europas veränderter Rolle in der Welt Rechnung tragen können, und welches eine angemessene Weise der Geschichtsschreibung dafür sein könnte. Zuvor ist aber noch auf einen besonderen Faktor zu verweisen, der den Einfluss Europas über die schon kurz skizzierten Konstellationen hinaus zusätzlich weiter schwächt. Ich nenne ihn: das offene EU-Problem.

### ***Das offene EU-Problem***

Die EU ist zwar nicht ›Europa‹, aber doch der größte und stärkste Teil davon, dessen Zustand sich direkt auf die Stellung ›Europas‹ in der Welt auswirkt. Unter dem ›offenen EU-Problem‹ verstehe ich die bestehenden Unklarheiten über die Frage nach der gegenwärtigen und zukünftigen Form und Gestalt der Europäischen Union. Was für eine Art Gebilde die EU gegenwärtig ist, erscheint ebenso unklar wie wo sie hinwill und was sie

einmal sein oder werden soll. Die Politiker tragen oft zu dieser Unklarheit bei, indem sie explizite und umfassende Debatten über Funktionen und Ziele aus taktischen Gründen ersticken. Zwar befinden sich einige Politikbereiche, wie die Agrarpolitik, schon lange in europäischer Regie, und auch in zahlreichen anderen Bereichen ist inzwischen, von einem Europäischen Vertrag zum nächsten, in inkrementeller und gelegentlich sehr un-systematischer Weise, Koordination und Integration zwischen den Mitgliedsstaaten intensiviert worden, es sind neue Institutionen geschaffen und Beauftragte für vieles berufen worden. Souveränität, Macht und Einfluss liegen aber immer noch bei den Nationalstaaten, und in den großen Fragen der Weltpolitik hat ›Europa‹ immer noch keine Telefonnummer, wie schon Henry Kissinger geklagt hat. Die EU ist kein weltpolitischer Akteur vom Range der USA, Chinas oder Russlands, obwohl sie nach Größe und Wirtschaftskraft in derselben Liga spielen könnte wie jene und über zwei Mitgliedsstaaten sogar über zwei ständige Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verfügen könnte, wenn diese Mitgliedsstaaten damit einverstanden wären.

Hier wird das Problem deutlich: Die machtpolitische Schwäche der EU resultiert ganz wesentlich daraus, dass sie kein Staat ist, der nach außen einheitlich auftreten könnte, dass es Uneinigkeit gibt und ein strukturelles Führungsproblem. Die Unfähigkeit zu überzeugender Führung dürfte im Weltmaßstab problematischer sein als das vielbeklagte ›Demokratiedefizit‹ der EU, das immerhin durch die indirekte Legitimation über die nationalen Parlamente teilweise kompensiert wird. Da die EU kein Staat ist, sind auch jene jüngeren Versuche auf der Suche nach einer angemessenen Klassifikation nicht überzeugend, die sie, mangels besserer Begriffe, als ›Reich‹ (*empire*) bezeichnet haben. (Allenfalls könnte das Heilige Römische Reich in seiner Verfallsphase gemeint sein, aber das ist nicht gemeint.) Die Suche nach einem Begriff wird also weitergehen, da alles, was bisher vorgeschlagen wurde, nicht recht zutrifft: Die EU ist offensichtlich kein Bundesstaat im Sinne der Formel der ›Vereinigten Staaten von Europa‹, aber auch kein robuster Staatenbund, keine *confoederatio* von der Dichte der Schweiz, und kein *condominium*. Am ehesten könnte man sie als ein Staatenbündnis ansehen, das in verschiedenen Politiksektoren (mit gelegentlich unterschiedlicher Mitgliedschaft) unterschiedliche Grade von Integration und unterschiedliche institutionelle Dichte aufweist, je nach dem Beitritt oder Nichtbeitritt einzelner Staaten zu bestimmten regulierenden Verträgen und Konventionen, dergestalt dass es, in einer Art konzentrischer Kreise, einen Kern stärker integrierter Mitgliedsstaaten gibt (etwa die Schengen-Staaten und die Länder der Euro-Zone) und andere differenziert weniger integrierte an der Peripherie.

Ein Ausbau dieser Differenzierungen könnte auch eine realistische Strategie für die Gestaltung der Zukunft sein, wird aber bisher kaum öffentlich diskutiert, entweder weil man taktische Rücksichten nimmt oder weil die institutionelle Phantasie begrenzt ist. Es wäre auch nicht leicht, zwischen den Gefahren der Dominanz des Kerns einerseits und einer zu großen Fragmentierung andererseits hindurchzusteuern (zur Debatte u. a. Habermas 2011; Anderson 2009). Zusätzlich geschwächt werden Europa und die EU noch durch die jüngsten Auswirkungen der Finanzkrise auf den Euro-Raum, die sich als besonders gravierend erwiesen haben, zum einen aufgrund des strukturellen Geburtsfehlers einer Währungsintegration ohne entsprechende Koordination der Fiskal- und Wirtschaftspolitiken, und zum anderen aufgrund der hektischen, unzureichenden und unangemessenen Maßnahmen des Krisenmanagements (vgl. u. a. Streeck 2013).

### *Europas veränderte Rolle in der Welt*

Nach diesem kurzen Hinweis auf einen zusätzlich intervenierenden und problematischen Faktor (bzw. ein ganzes Faktorenbündel) soll in einem letzten Punkt danach gefragt werden, wie Europas veränderter Rolle in der Welt Rechnung getragen werden kann, und welches eine angemessene Weise der Geschichtsschreibung dafür sein könnte.

Ein erster Vorschlag sollte sicher sein, Europa als historischen Gegenstand nicht länger als etwas Außerordentliches und Besonderes zu behandeln, als etwas, dessen Geschichte dank seines ›Sonderwegs‹ und seiner Bedeutung für andere näher und maßgeblicher an einer ›Allgemeinen Geschichte‹ ist als die Geschichte anderer Weltregionen. Wir sollten zunächst einmal die spezifischen Entwicklungswege der europäischen Gesellschaften nachzeichnen und im Kontext interpretieren. Wir sollten Europa behandeln wie alle anderen Teile der Welt auch, also dem Rechnung tragen, was der indische Historiker Dipesh Chakrabarty (2000) so treffend ›provincializing Europe‹ genannt hat. Die zunehmende Einrichtung von ›Europa-Instituten‹ an den Universitäten Lateinamerikas oder Asiens entspricht in diesem Sinne funktional unseren Lateinamerika- oder Asien-Instituten. In der Aufmerksamkeit der Welt ist Europa ja auch schon in der Vergangenheit gelegentlich nach Bedarf hin- und hergeschoben worden. Mir ist das schon in den späten 1970er Jahren deutlich geworden, und zwar in der Eingangshalle des State Department in Washington: Dort hatte zuvor das große Weltkarten-Relief an der Stirnwand die auch bei uns übliche Projektion mit dem Atlantik und Europa im Zentrum gezeigt. Und dies hatte man geändert: Die neue Projektion zeigte jetzt den Pazifik in der Mitte, und Europa ganz am Rand in der Ferne. Merkwürdigerweise fiel der Zeitpunkt dieses Wechsels zusammen mit dem Beginn der großen Krise der europäischen Entwicklungsmodelle, von der sie sich bis heute nicht erholt haben.

Zweitens sollten wir uns freimachen von den letzten Resten früherer Geschichtsteologie, die den Verlauf der Geschichte gelegentlich als etwas gesehen hat, in dem alle anderen am Ende so werden müssten wie die Europäer, oder, im 20. Jahrhundert, wie der ›Westen‹, also das nordatlantische Syndrom. Es ist zwar richtig, dass wir besonders im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen Bereichen auch Prozesse einer ›Europäisierung‹ der Nichteuropäer feststellen können, oder später Prozesse von ›Verwestlichung‹ (besser: Vernordwestlichung, oder ›Amerikanisierung‹, in der natürlich auch eine Menge Europäisierung steckt), in Wirtschaft und Technik, im Geistesleben oder im Konsumverhalten. Aber diese hatten Grenzen, sie waren nicht die einzigen Prozesse, und vor allem wirkten sie auch zurück auf die Europäer, und dies sogar zunehmend. Ich propagiere gelegentlich gern die These, dass wir in den letzten Jahrzehnten auch deutliche Prozesse einer ›Lateinamerikanisierung‹ Europas beobachten konnten. Und der Stanford-Historiker James Sheehan hat vor einigen Jahren für die Jahre nach 1945 neben einer ›Europäisierung‹ Amerikas auch eine ›Amerikanisierung‹ Europas diagnostiziert, u. a. greifbar in den Dimensionen der Einwanderung, den Produktionsweisen, Konsummustern, der Finanzspekulation, der Entwicklung der politischen Parteien und einer (auch religiös konnotierten) Refundamentalisierung der Politik (Sheehan 1994).

Deshalb scheint es mir drittens an der Zeit zu sein, die Rolle Europas im Kontext einer von Anfang an global aufgestellten, d. h. in einer globalen Perspektive betriebenen Weltgeschichte neu zu verorten. Für diese Art Geschichtsschreibung gibt es bislang nur sehr wenige herausragende Vorbilder. Es scheint, dass sich die Historiker(innen) bislang

eher noch den methodischen und theoretischen Vorüberlegungen hingegeben haben, wie man das machen könnte oder müsste (z. B. Komlosy 2011; Pernau 2011; Middell 2010; Conrad 2013; auch Conrad/Randeria 2002), als dass sie sich auf den Weg zum Schreiben dieser Weltgeschichte einer bestimmten Epoche gemacht hätten. Pioniercharakter können hier, trotz mancher Probleme, die Studien von John M. Roberts (1999) zum 20. Jahrhundert und von C.A. Bayly (2004) und Jürgen Osterhammel (2009) zum langen 19. Jahrhundert beanspruchen. Vielversprechend ist auch der neuere Problemaufriss von Jürgen Kocka zur Geschichte des Kapitalismus (2013). In den systematischeren Sozialwissenschaften ist die Tradition umfassender paradigmener- oder theoriegeleiteter Gesamtdarstellungen naturgemäß verbreiteter. Vgl. neben Klassikern wie Barrington Moore, Almond/Verba, Stein Rokkan oder Immanuel Wallerstein z. B. die großen Würfe von Rueschemeyer/Stephens/Stephens (1992), Manuel Castells (2003–2004/1996–98) oder Michael Mann (1993, 2012, 2013).

Dabei kommt es sowohl für die Verortung einer bestimmten Region, in unserem Falle Europas, in einer solchen Weltgeschichte in globaler Perspektive, als auch für die angemessene Etablierung des gesamten Kontextes besonders darauf an, die wirksamen interaktiven Prozesse in Raum und Zeit, die wechselseitigen Einwirkungen, Verflechtungen, Interdependenzen, Netzwerke und Wirkkräfte hinreichend umfassend und sorgfältig differenziert zu würdigen, aufeinander zu beziehen und ineinander zu integrieren. Dies geht weit über die Perspektiven historischer Vergleiche (vgl. Bloch 2012; Kocka 2012), von Transfer-, Migrations- oder klassischer Beziehungsgeschichte hinaus und sprengt auch den Rahmen traditioneller interdisziplinärer Regionalstudien (*area studies*). Was gefragt ist, sind jetzt eher neu dynamisierte *inter-area studies*, Analysen der Einwirkungen der verschiedenen Weltregionen aufeinander, nicht nur in eine Richtung, sondern in alle Richtungen. Dabei müssen jene Wirkungszusammenhänge thematisiert werden, die sich neuere Konzepte wie die Verflechtungsgeschichte, *connected history*, *entangled history* oder *histoire croisée* vorgenommen haben, möglichst ohne weitergehende systematischere Fragen nach Gewichtungen, Prioritäten und Erklärungen auszuklammern. Denn die bloße (wenngleich nie ganz unrichtige) Einsicht, dass ›alles mit allem zusammenhängt‹, bleibt für Historiker noch unbefriedigend. Und vor allem müssen die Dinge als fluide Prozesse gesehen werden, die sich ständig verändern, aber dabei auch das Gepäck ihrer diversen Vergangenheiten und Entwicklungshintergründe in Raum und Zeit mitschleppen und mitreflektieren, allerdings in jeweils zeitgenössischer Interpretation und Prioritätensetzung. Es sollte uns nicht nur um Globalgeschichte gehen, sondern um reflexive Globalgeschichte.

Für die Rolle Europas in der Welt und die Vorstellungen, die wir von Europa in der Weltgeschichte haben, bedeutet das, dass wir, weit über die Fronten zwischen ›the West and the rest‹ hinaus, im Einzelfall jeweils für bestimmte Perioden und für bestimmte Problemsektoren die Beziehungen und die Abstände zwischen Europa (was immer das gerade ist) und anderen Teilen der Welt neu bestimmen und vermessen müssen (vgl. Osterhammel 2009:21). Dies stellt hohe Ansprüche an die Theoriebildung wie an die empirische Findigkeit und Differenzierung, etwa wenn es darum geht, die Gleichzeitigkeit ›ungleichzeitiger‹ Phänomene oder die Gemengelage (und vor allem das komplexe Ergebnis) von ›entangled modernities‹ zu untersuchen. Es wird sicher auch die Bildung von Typen (oder Typologien) und Untertypologien inspirieren, denn einzelne

Teile Europas haben ja offensichtlich, schon aufgrund der unterschiedlichen Verläufe ihrer imperialen oder Kolonialgeschichten oder ihrer Handels- und Wirtschaftsinteressen, durchaus verschieden mit anderen Teilen der Welt interagiert, und außerdem auch noch miteinander. Und dass die jeweiligen Außenverklammerungen verschieden sind, wirkt sich wiederum aus auf die entsprechenden Sichten zurück (und ›nach innen‹) auf Europa, das dann gelegentlich auch anders gesehen und neu definiert werden kann, jenseits des hier aufgrund seiner zeitweise besonders großen historischen Wirkungsmacht vor allem in den Fokus genommenen ›atlantischen Syndroms‹.

Um Europa angemessen verstehen und untersuchen zu können, müssen wir es entsprechend in seinem komplexen Prozesscharakter wahrnehmen und als einen Prozess aufeinander bezogener und miteinander verklammerter Prozesse begreifen.

## Literatur

- Anderson, Perry (1974): *Lineages of the Absolutist State*. London: New Left Books (rev. ed. New York: Norton 2013)
- Anderson, Perry (2009): *The New Old World*. London: Verso
- Bailyn, Bernard (2005): *Atlantic History: Concept and Contours*. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Bayly, Christopher Alan (2004): *The Birth of the Modern World 1780–1914: Global Connections and Comparisons*. Oxford: Blackwell
- Bloch, Marc (2012): Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften (1928). In: Stern, Fritz/Osterhammel, Jürgen, Hg.: *Moderne Historiker*. München: C.H. Beck: 339-348
- Borst, Arno (1973): *Lebensformen im Mittelalter*. Berlin: Propyläen Verlag
- Castells, Manuel (2003–2004): *Das Informationszeitalter*. 3 Bde. Opladen: Leske + Budrich (engl. Oxford UP 1996–98)
- Chakrabarty, Dipesh (2000): *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*. Princeton: Princeton University Press
- Conrad, Sebastian (2013): *Globalgeschichte. Eine Einführung*. München: C.H. Beck
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini, Hg. (2002): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt am Main: Campus
- Eisenstadt, Shmuel N. (2000): Multiple Modernities. In: *Daedalus* 129: 1-29
- Ferguson, Niall (2011): *Civilization. The West and the Rest*. London: Allen Lane
- Giddens, Anthony (2006): *Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells*. Working Paper Internationale Politikanalyse, Friedrich Ebert-Stiftung und Policy Network. Berlin: Friedrich Ebert-Stiftung
- Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Hall, Peter/Soskice, David, Hg. (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press
- Hancké, Bob, Hg. (2009): *Debating Varieties of Capitalism. A Reader*. Oxford: Oxford University Press
- Hintze, Otto (1962): *Wesen und Verbreitung des Feudalismus (1929)*. In: Hintze, Otto: *Staat und Verfassung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 84-119
- Huntington, Samuel P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster

- Kaelble, Hartmut (2007): *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck
- Kaelble, Hartmut (2013): *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft*. München: Beck
- Kaelble, Hartmut/Schriewer, Jürgen, Hg. (2004): *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat*. WZB Jahrbuch 2004. Berlin: Ed. Sigma
- Klein, Herbert S. (2010): *The Atlantic Slave Trade*. Cambridge: Cambridge University Press (zuerst Cambridge UP 1999)
- Krieger, Leonard (1957): *The German Idea of Freedom*. Boston: Beacon Press
- Kocka, Jürgen (2012): *Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht* (1988). In: Stern, Fritz/Osterhammel, Jürgen, Hg.: *Moderne Historiker*. München: C.H. Beck: 348-356
- Kocka, Jürgen (2013): *Geschichte des Kapitalismus*. München: C.H. Beck
- Komlosy, Andrea (2011): *Globalgeschichte. Methoden und Theorien*. Wien: Böhlau
- Landes, David S. (1969): *The Unbound Prometheus. Technological Change and Industrial Development in Western Europe from 1750 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press
- Mann, Michael (1993, 2012, 2013): *The Sources of Social Power*, Bd. 2-4. Cambridge: Cambridge University Press
- Middell, Matthias, Hg. (2010): *Die Verwandlung der Weltgeschichtsschreibung*. In: *Comparativ* 6. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Mitterauer, Michael (2003): *Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs*. München: C.H. Beck
- Mommsen, Wolfgang J. (1992): *Der Geist von 1914: Das Programm eines politischen ›Sonderwegs‹ der Deutschen*. In: Mommsen, Wolfgang: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreichs*. Frankfurt am Main: Fischer: 407-421
- Nolan, Mary (2012): *The Transatlantic Century. Europe and America, 1890–2010*. Cambridge: Cambridge University Press
- Osterhammel, Jürgen (2001): *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Osterhammel, Jürgen (2009): *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: C.H. Beck
- Pernau, Margrit (2011): *Transnationale Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Pietschmann, Horst, Hg. (2002): *Atlantic History. History of the Atlantic System 1580–1830*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Puhle, Hans-Jürgen (1995): *Staaten, Nationen und Regionen in Europa*. Wien: Picus
- Puhle, Hans-Jürgen (2006): *Das atlantische Syndrom. Europa, Amerika und der ›Westen‹*. In: Osterhammel, Jürgen/Langewiesche, Dieter/Nolte, Paul, Hg.: *Wege der Gesellschaftsgeschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 179-199
- Puhle, Hans-Jürgen (2014): *Trajectories and Transformation of Western Democracies, 1950s–2000s*. In: Nolte, Paul, Hg.: *Transatlantic Democracy in the 20<sup>th</sup> Century: Transfer and Transformation*. München: R. Oldenbourg-Verlag: i.E.
- Roberts, John Morris (1999): *Twentieth Century. The History of the World, 1901 to 2000*. London: Allen Lane
- Rodgers, Daniel T. (1998): *Atlantic Crossings: Social Politics in a Progressive Age*. Cambridge, MA: Belknap Press
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, hg. v. P. Flora. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Rueschemeyer, Dietrich/Stephens Huber, Evelyne/Stephens, John D. (1992): *Capitalist Development and Democracy*. Chicago: Chicago University Press
- Sachsenmaier, Dominic (2002): *Multiple Modernities: The Concept and Its Potential*. In: Sachsenmaier, Dominic/Riedel, Jens, Hg.: *Reflections on Multiple Modernities: European, Chinese and Other Interpretations*. Leiden: Brill: 42-67

- Schmieder, Ulrike/Nolte, Hans-Heinrich, Hg. (2010): Atlantik. Sozial- und Kulturgeschichte in der Neuzeit. Wien: Promedia
- Schuppert, Gunnar Folke, Hg. (2005): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos
- Senghaas, Dieter (1982): Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Sheehan, James J. (1994): Vorbildliche Ausnahme: Liberalismus in Amerika und Europa. In: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Fs. für Gerhard A. Ritter. Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus, Hg. München: Saur: 236-248
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Wallerstein, Immanuel (1974, 1980, 1988, 2011): The Modern World System. 4 Bde. San Diego: University of California Press u. a.
- Winkler, Heinrich August (2000): Der lange Weg nach Westen. 2 Bde. München: C.H. Beck